

Antrag

der Abgeordneten Johannes Singhammer, Karl-Josef Laumann, Dagmar Wöhl, Ulrich Adam, Günter Baumann, Veronika Bellmann, Peter Bleser, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Klaus Brähmig, Peter H. Carstensen (Nordstrand), Gitta Connemann, Albert Deß, Alexander Dobrindt, Albrecht Feibel, Dr. Maria Flachsbarth, Dr. Reinhard Göhner, Gerda Hasselfeldt, Helmut Heiderich, Ursula Heinen, Uda Carmen Freia Heller, Ernst Hinsken, Robert Hochbaum, Dr. Peter Jahr, Volker Kauder, Julia Klöckner, Hartmut Koschyk, Dr. Martina Krogmann, Dr. Hermann Kues, Wolfgang Meckelburg, Laurenz Meyer (Hamm), Marlene Mortler, Dr. Georg Nüßlein, Eduard Oswald, Dr. Joachim Pfeiffer, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Franz Romer, Anita Schäfer (Saalstadt), Hartmut Schauerte, Bernhard Schulte-Drüggelte, Kurt Segner, Heinz Seiffert, Max Straubinger, Gerald Weiß (Groß-Gerau), Wolfgang Zöllner und der Fraktion der CDU/CSU

Flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen sicherstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Deutsche Post AG ist gesetzlich verpflichtet, bis zum 31. Dezember 2007 bundesweit eine Mindestanzahl von 12 000 stationären Einrichtungen unter Berücksichtigung einwohneranzahl- und flächenbezogener Kriterien vorzuhalten; davon müssen mindestens 5 000 mit unternehmenseigenem Personal betrieben werden, 7 000 stationäre Einrichtungen können fremdbetrieben werden (Postagenturen).

Die Postagenturen haben eine besondere Bedeutung bei der flächendeckenden Versorgung mit Postdienstleistungen. Der Deutsche Bundestag beobachtet vor diesem Hintergrund mit Sorge die derzeitige Entwicklung im Zusammenhang mit der Vorlage der neuen Vertragsmuster durch die Deutsche Post AG für ihre rund 7 000 Agenturen. Dieses Agenturnetz könnte gefährdet sein, weil die Deutsche Post AG ihre Agenturpartner aufgefordert hat, neue Verträge zu unterschreiben, die zu erheblichen Einkommenseinbußen der Agenturneher führen würden. Es ist trotz der zum Teil sehr langen Kündigungsfristen zu befürchten, dass bis zu einem Drittel der bestehenden Agenturverträge aufgelöst werden könnten.

Der Deutsche Bundestag befürchtet, dass die bereits ausgesprochenen und noch zu erwartenden Kündigungen von Agenturverträgen die Einhaltung der Bestimmungen der Post-Universaldienstleistungsverordnung gefährden. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Tatsache, dass es der Deutschen Post AG bisher nicht gelungen ist, alle durch die Änderung der Post-Universaldienstleistungs-

verordnung zusätzlich geforderten Postfilialen einzurichten. Der Deutsche Bundestag sieht eine der möglichen Ursachen darin, dass die neuen Agenturverträge für potentielle Agenturneher wirtschaftlich nicht attraktiv genug sind.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

ihren Einfluss als Mehrheitsaktionär an der Deutschen Post AG geltend zu machen und sich für eine faire, partnerschaftliche Geschäftspolitik der Deutschen Post AG insbesondere gegenüber den mittelständischen Postagenturen einzusetzen. Die Deutsche Post AG muss die vertraglichen Regelungen in Abstimmung mit den relevanten Verbänden – wie z. B. dem Postagenturnehmerverband e. V. und dem Hauptverband des Deutschen Einzelhandels – überarbeiten und auf dieser Grundlage allen bisherigen Postagenturnehmern neue Verträge vorlegen.

Im Übrigen fordert der Deutsche Bundestag, dass die Deutsche Post AG bis spätestens 30. April 2003 ihren Verpflichtungen aus der Post-Universaldienstleistungsverordnung nachkommt. Durch geeignete Maßnahmen ist zu überwachen, dass die Deutsche Post AG im Falle der Kündigung jederzeit und in vollem Umfang ihrer Verpflichtung gemäß Post-Universaldienstleistungsverordnung nachkommt und Verstöße mit den gesetzlich vorgesehenen Bußgeldern geahndet werden. Sollte es zu Kündigungen der Agenturverträge kommen, so muss die Zeit der entstehenden Vakanzen verkürzt werden und von Seiten der Post ein Meldesystem über bestehende Vakanzen aufgebaut werden. Schließlich erwartet der Deutsche Bundestag, dass die Deutsche Post AG der Verpflichtung nachkommt, im Falle der Schließung einer stationären Einrichtung die kommunalen Behörden zehn Wochen zuvor zu unterrichten.

Berlin, den 18. Februar 2003

Johannes Singhammer

Karl-Josef Laumann

Dagmar Wöhrl

Ulrich Adam

Günter Baumann

Veronika Bellmann

Peter Bleser

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

Klaus Brähmig

Peter H. Carstensen (Nordstrand)

Gitta Connemann

Albert Deß

Alexander Dobrindt

Albrecht Feibel

Dr. Maria Flachsbarth

Dr. Reinhard Göhner

Gerda Hasselfeldt

Helmut Heiderich

Ursula Heinen

Uda Carmen Freia Heller

Ernst Hinsken

Robert Hochbaum

Dr. Peter Jahr

Volker Kauder

Julia Klöckner

Hartmut Koschyk

Dr. Martina Krogmann

Dr. Hermann Kues

Wolfgang Meckelburg

Laurenz Meyer (Hamm)

Marlene Mortler

Dr. Georg Nüßlein

Eduard Oswald

Dr. Joachim Pfeiffer

Hans-Peter Repnik

Dr. Heinz Riesenhuber

Franz Romer

Anita Schäfer (Saalstadt)

Hartmut Schauerte

Bernhard Schulte-Drüggelte

Kurt Segner

Heinz Seiffert

Max Straubinger

Gerald Weiß (Groß-Gerau)

Wolfgang Zöllner

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion